



20. Dezember 2019

AUSGABE 10/2019

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

die letzten zwei Sitzungswochen in diesem Jahr waren aufregend. Die Frage war, wie der Parteitag verläuft und welche Beschlüsse gefasst werden. Insgesamt bin ich zufrieden. Die neuen Parteivorsitzenden stellten sich bereits den Fragen der Fraktion und wir sicherten uns gegenseitige Unterstützung zu. So sollte es innerhalb einer Partei auch sein! Die Beschlüsse fließen natürlich ebenfalls in unsere Arbeit ein, an den Wesentlichen waren meine Kolleginnen und Kollegen der Fraktion im Vorfeld beteiligt. Bei manchen Beschlüssen hilft das Jahresende auch, den Knoten durchzuhauen, denn man möchte sie nicht ins neue Jahr mitnehmen.

Im Vermittlungsausschuss des Bundesrates konnten wir z. B. eine Einigung zum Klimapaket erreichen. Der Einstiegspreis für die Tonne CO₂ wird ab 2021 25 Euro statt 10 Euro betragen. Gemessen an den völlig überzogenen Forderungen der Grünen, die unsere Gesellschaft zerreißen würden, ist das immer noch ein moderater Einstiegspreis. Aber einer, der Lenkungswirkung erzeugen wird – Benzin und Diesel werden ab 2021 etwa 7 bis 8 Cent teurer. Dafür gibt es aber an anderer Stelle Entlastung! Die Strompreise werden stärker sinken als zunächst vereinbart.

Verbot von Tabakwerbung kommt

Jahrelang hatte die Union blockiert – jetzt hat sie endlich den Weg für ein Verbot von Tabakwerbung frei gemacht. Das ist auch überfällig, denn Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem immer noch im Kino oder auf Plakaten für Tabak geworben wird. Damit wollen wir jetzt Schluss machen! Dass Rauchen stark gesundheitsschädigend ist, unter anderem Krebs verursacht und oft tödlich endet, ist längst bekannt. Gerade Jugendliche sollten wir daher mit Tabakwerbung nicht noch zusätzlich zum Rauchen anregen!

Geplant ist ein gestaffeltes Verbot: Zunächst wird es ab 2021 keine Tabakwerbung mehr vor Kinofilmen geben, die unter 18 Jahren freigegeben sind. Anschließend kommt nach und nach ein generelles Werbeverbot. Zunächst für Zigaretten und Zigarren, später auch für Tabakerhitzer und E-Zigaretten.

In den kommenden Wochen verhandeln unsere Fachpolitiker nun mit der Union über einen konkreten Gesetzentwurf. Anfang nächsten Jahres wollen wir ihn dann im Bundestag beschließen.

Berliner Büro Tel.: 030 227 78494
Wahlkreis Büro Tel.: 0231 286 786 18
www.sabine-poschmann.de

Fax: 030 227-76496 sabine.poschmann@bundestag.de
Fax: 0231 286 786 16 sabine.poschmann.ma04@bundestag.de
<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

Entwurf für Finanztransaktionssteuer ist da

Für Lebensmittel muss jeder von uns Mehrwertsteuer zahlen, für Aktienkäufe bisher nicht. Nach langen und schwierigen Verhandlungen hat unser Finanzminister Olaf Scholz einen Gesetzentwurf für die Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Sie soll in zehn europäischen Ländern gelten.

Das Prinzip ist simpel: Wer Aktien von großen Unternehmen kauft, zahlt eine Steuer von 0,2 Prozent. Das würde dem Bund etwa 1,5 Milliarden Euro im Jahr bringen. Ein Großteil davon fließt in die Finanzierung der Grundrente.

Ich hätte gerne diejenigen stärker belastet, die z. B. auf Rohstoffpreise oder Währungen wetten. Wir müssen aber einsehen, dass eine solche Steuer leider derzeit weder auf europäischer Ebene noch international durchsetzbar ist.

Manche behaupten, dass durch die nun gefundene Lösung vor allem private Kleinanleger zu leiden hätten, die fürs Alter vorsorgen wollen. Das stimmt so nicht! Jemand, der für 5.000 Euro im Jahr Aktien kauft und diese langfristig halten möchte, zahlt darauf insgesamt 10 Euro Steuern. Spekulanten dagegen, die täglich hunderte verschiedene Aktien kaufen, werden deutlich stärker belastet.

Ich halte die Steuer daher für einen guten Anfang, wir sollten aber weiter daran arbeiten.

Missbrauch von Werkverträgen beenden

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion möchte ich härter gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorgehen. Beispielsweise muss klarer geregelt sein, wann ein Werkvertrag zulässig ist und wann nicht. Denn: Manche Unternehmen nutzen Werkverträge als Schlupfloch, um geltende tarifliche Vereinbarungen sowie den Mindestlohn zu umgehen.

Wie funktioniert dieser Missbrauch? Eigentlich gibt es bei einem Werkvertrag einen klaren Auftrag. Ein Auftraggeber beauftragt einen Auftragnehmer mit einem „Werk“ – das kann z. B. das Einräumen eines Supermarktregals sein. Für diesen Auftrag wird vorher ein fester Preis vereinbart. Bezahlt wird also nicht nach Zeit, sondern einzig nach Erledigung der Aufgabe. Manche Auftraggeber setzen ihre Auftragnehmer aber noch darüber hinaus für weitere Tätigkeiten in ihrem Unternehmen ein – ohne sie dafür zusätzlich zu bezahlen. Das ist Missbrauch und damit wollen wir Schluss machen!

Faire Lieferketten

Viele Unternehmen in Deutschland haben Zulieferer im Ausland. Bei diesen Zulieferern herrschen oftmals katastrophale Arbeitsbedingungen, etwa Kinderarbeit oder Hungerlöhne. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil hat deshalb nun ein Gesetz angekündigt, mit dem die Unternehmen für schlechte Arbeitsbedingungen haften sollen.

Sofern Konzerne nicht freiwillig bis Mitte 2020 für bessere Bedingungen sorgen, wollen wir dies gesetzlich regeln, darin sind wir uns mit der CDU/CSU einig. Es gibt bereits breiten Widerstand in der Wirtschaft, aber auch positive Beispiele, die sich für Menschenrechte und Umweltschutz stark machen.

Meisterbrief wird ausgeweitet

Der Meisterbrief steht nach wie vor für Qualität, Verbraucherschutz und Ausbildungsplätze. Daher ist es ein wichtiges Signal, dass wir im Bundestag die Wiedereinführung der Meisterpflicht in zwölf Gewerken des Handwerks beschlossen haben. Die Ausweitung berücksichtigt Vorgaben des deutschen Verfassungsrechts sowie des Europarechts.

Unter anderem Estrichleger oder Lichtreklamehersteller werden künftig wieder einen Meisterbrief brauchen, wenn sie einen Betrieb gründen wollen. In diesen Berufen würde die falsche Ausübung der Tätigkeit die Gesundheit Dritter gefährden. Die Ausbildung zum Meister ist qualitativ sehr hochwertig und minimiert so das Risiko bei solchen gefahreneigenen Gewerken.

Unsere Entscheidung ist ein wichtiger Schritt, um die starke Stellung des Handwerks in der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Die wohl größte Herausforderung der Branche ist aktuell jedoch der Fachkräftemangel. Die Antwort von uns Sozialdemokraten ist: Tarifbindung stärken und so die Attraktivität des Handwerks erhöhen!

Steuerbetrug an elektronischen Kassen bekämpfen

Es ist schon lustig, dass nun der Wirtschaftsminister und Lobby-Verbände die Bonpflicht, die zum 1.1.2020 kommt, abschaffen wollen. Denn vor drei Jahren sah das anders aus: Die Union, allen voran Finanzminister Schäuble, brachte das Gesetz auf den Weg. Es sieht manipulationssichere Kassen und auch die Belegausgabepflicht vor. Die Wirtschaft unterstützte das Vorgehen, weil es für einen faireren Wettbewerb sorgt. Jetzt, zwei Wochen vor Inkrafttreten des Gesetzes, laufen alle Sturm dagegen und wenden sich an unseren Finanzminister Olaf Scholz.

Jedes Jahr gibt es Steuerausfälle in Höhe von 5 bis 10 Milliarden Euro, weil Beträge nicht in die Kassen eingegeben oder sie später wieder gelöscht werden. Oder weil der Kuchen, der im Café verzehrt wird, mit dem niedrigeren Mehrwertsteuersatz eingebucht wird – als wäre er mitgenommen worden. Aktuell sind die Kassen noch nicht manipulationssicher, weil man erst Standards und Technik entwickeln musste. Deswegen gibt es bis Ende September 2020 eine Übergangsfrist für die Unternehmen. Die Bons helfen den Steuerprüfern bei ihrer Arbeit. Damit können sie innerhalb kurzer Zeit feststellen, ob verkaufte Ware in der Kasse registriert wurde und was eingegeben wurde. Dies führt nicht nur zu höheren Steuereinnahmen, sondern auch zu fairem Wettbewerb.

Ich hoffe, dass wir zukünftig noch einen anderen Weg finden als Bons auszudrucken. Es sollte eine einfachere digitale Lösung geben.

Waffenrecht wird verschärft

Um Terroristen und Kriminellen den Zugang zu Schusswaffen zu erschweren, haben wir das Waffenrecht verschärft. Die Novelle geht zurück auf eine EU-Richtlinie.

Wo wurde eine Waffe wann hergestellt? Wer hat sie gekauft? An wen hat er sie weiterverkauft? Wann und wo wurde sie vernichtet? All diese Fragen sollen künftig mithilfe eines erweiterten Waffenregisters einfacher und lückenloser beantwortet werden. Zudem sind die Behörden nun verpflichtet, immer beim

Verfassungsschutz nachzufragen, bevor ein Waffenschein ausgestellt wird. Zu guter Letzt müssen Waffenbesitzer alle fünf Jahre nachweisen, dass sie ihre Pistolen und Gewehre wirklich benötigen. Damit wollen wir verhindern, dass jemand einfach nur „zum Spaß“ zu Hause Waffen hortet.

Wir denken jedoch auch an Sportschützen, die Waffen zur Ausübung ihres Hobbys besitzen. Auch sie müssen Nachweise erbringen, die Mitgliedschaft in einem Schützenverein vereinfacht das Prozedere aber wesentlich.

Ein sehr intensives Jahr neigt sich dem Ende zu. Irgendwie habe ich das Gefühl, jetzt ist es auch gut. Obwohl ich zufrieden zurückblicke, denn selbst in der letzten Woche haben wir in Berlin noch einiges auf die Schiene gebracht. Mein persönliches Highlight ist ein Antrag zum Thema soziale Innovationen, zu dem ich in der letzten Woche noch Einigkeit mit dem Koalitionspartner erzielen konnte.

Jetzt versuche ich politisch etwas runterzukommen und mit meiner Familie die Winterpause zu genießen. Am 6. Januar starte ich dann mit den ersten Terminen in 2020!

Mein Team und ich wünschen euch eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr!

Eure

Sabine

